

Sehr geehrte Damen und Herren,

IG Demokratie begrüßt grundsätzlich die Ansätze zur Ausweitung direktdemokratischer Instrumente. Die Zugeständnisse an die direkte Demokratie gemäß den Anträgen 2177/A und 2178/A eingebracht von Josef Cap und Karlheinz Kopf erwecken jedoch nicht den Eindruck große Fortschritte zu bringen, welche nach dem jahrelangen Stillstand beim Thema Demokratie dringend notwendig wären.

Die Änderungsvorschläge in 2177/A betreffen ausschließlich ein Rederecht der VolksbegehrensorganisatorInnen, ein zentrales Wahlregister, Online-Unterstützungsmöglichkeit für Volksbegehren, BürgerInnenanfragen; der Antrag in 2178/A betrifft ausschließlich den Ausbau des Vorzugsstimmwahlrechts. Gäbe es ein tatsächliches Interesse an verstärkter BürgerInnenbeteiligung dürften beispielsweise zwingende Volksabstimmungen nach erfolgreichen Volksbegehren nicht fehlen.

Ein tatsächlicher Ausbau der Demokratie bedeutet auch eine Stärkung der Macht des Parlaments, da durch Mitentscheidungsmöglichkeiten der Bevölkerung politische Entscheidungen eine höhere Legitimation erhalten.

Dies kann nur garantiert werden, wenn BürgerInnen selbst einen Entwurf zur Demokratiereform gestalten und diesen zur Abstimmung vorlegen können. IG Demokratie fordert daher die Einsetzung eines Demokratiekonvents finanziert durch Mittel des Bundes unter breitestmöglicher Einbindung der Bevölkerung, der auf Augenhöhe mit VerfassungsexpertInnen und VolksvertreterInnen, demokratische Reformen diskutiert und entwirft, welche dann als Abstimmungsvorlage dienen. Darüber hinaus fordern wir mehr BürgerInnenpartizipation in allen politischen Bereichen nach dem Vorbild Vorarlbergs und der dort regelmäßig stattfindenden BürgerInnenräte. Dies würde nicht nur der Korruption vorbeugen, sondern auch das Vertrauen in die Politik stärken und tatsächlich zukunftsfähige Politik fördern.

Weitere Themen wie politische Bildung an Schulen, die über das Erklären des politischen Systems hinausgeht, Presseförderung mit unabhängiger Vergabe, reformiertes Wahlrecht etc. müssen zudem Teil einer tatsächlichen Demokratiereform werden, die diesen Namen auch verdient.

Der Begriff Demokratiereform bringt die Selbstverständlichkeit mit sich, dass die Bevölkerung aktiv in alle politischen Entscheidungen miteingebunden wird - ein offener, innovativer Entwicklungsprozess für den Weg dorthin muss ermöglicht werden.

Hochachtungsvoll,

für die IG Demokratie

Stefan Schartlmüller, Barbara Stefan

www.ig-demokratie.at